

Bernadette und Joachim Gottschalk Engerode 90 30880 Laatzen

---

Buergermeister@laatzen.de

Stadt Laatzen  
Marktplatz 13  
30880 Laatzen

Donnerstag, 23. Juli 2020

### **Beendigung der Antisemitismustoleranzpolitik des Rates der Stadt Laatzen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Köhne,  
sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender Stuckenberg,  
sehr geehrte Mitglieder des Rates der Stadt Laatzen,

Anträge von Shoahüberlebenden und derer Angehörigen sind seit Amtsbeginn von Herrn Bürgermeister Köhne mangels entsprechender Beschlußvorschläge im Rat nur zur Kenntnis genommen, inhaltlich nicht öffentlich debattiert worden- Zu ihnen wurde geschwiegen.

Die Lebenssituation jüdischer Familien, wie auch der unsrigen, hat den Bereich des üblichen Erträglichen durch diese Politik schon seit langem verlassen. Familientreffen konnten nur im Ausland, in Jerusalem und London stattfinden, die Urgroßmutter konnte ihre Urenkel in den letzten sieben Jahren so gut wie fast gar nicht in die Arme schließen – so wird Familienleben paralysiert.

Alle Mitglieder des Rates einschließlich Ihrer Person, sehr geehrter Bürgermeister, Köhne, haben am 09.07.2020 kein Zeichen der solidarischen Zuneigung gezeigt, obwohl nur neun Tage zuvor der Niedersächsische Landtag nicht nur allgemein, sondern ganz konkret die Aussage

1. „... erkläre ich Juden als Köterrasse“;
2. „Noch immer fließt Blut von ihren Händen“;
3. „Kein anderes Volk hat weltweit Menschen derart verachtet, massakriert und erniedrigt“

verurteilt hat (vgl. LT Drs. 18/6839-.1446/11/18).

Niemand der Ratsmitgliedspersonen sieht eine Veranlassung über die Auswirkungen des Nachfolgesatzes nachzudenken:

„Frau Gottschalk möge bitte erklären, inwieweit diese Benennungen gegenüber einer Jüdin schwerwiegende Eingriffe in deren Persönlichkeitsrecht darstellen. Ist etwa die Formulierung falsch, wenn man sagt, diese Köter haben uns den Krieg erklärt? Erhofft sich die Welt noch immer etwas Gutes von diesen Kötern?

Ihr nennt uns Verbrecher und wir sollen dazu schweigen?"

(vgl. Urteil vom 08.06.2018 Amtsgericht Hanau, bestätigt LG Hanau vom 05.08.2019)

Wie Sie wissen, sind bestimmte Einzelpersonen aus dem Kreis dieser Verschwörungsvorstellungstäter zu Taten wie in Halle am 09. Oktober 2019 willens und fähig. Die Mitglieder des Rates einschließlich von Herrn Bürgermeister Köhne haben am 21. Oktober 2019 - nur 12 Tage nach dem Angriff auf die Synagoge zu Halle – zu dem vorgelegten Antrag der Verurteilung der Juden als Kötterrasse geschwiegen.

Das hier in Kurzform dargestellte Verhalten steht in einem diametralen Gegensatz zur aktuellen Aussage von Herrn Dr. Felix Klein anlässlich des Beginns des Prozesses gegen den Attentäter auf die Synagoge zu Halle:

#### Antisemitismus RND Interview Rechtsextremismus

**Herr Klein, der Prozess in Magdeburg hat begonnen. Dabei ist der Verdächtige geständig, das Attentat auf die Synagoge in Halle begangen zu haben. Was kann der Prozess noch bringen, außer einem Urteil?**

Der Prozess ist eine große Chance, über die tiefe Verwurzelung des Antisemitismus in der Gesellschaft zu sprechen. Ich erhoffe mir, dass von dem Verfahren eine gesellschaftliche Debatte ausgeht, in der die Frage nach den Hintergründen aufgeworfen und der in der Gesellschaft latent vorhandene Antisemitismus beleuchtet wird – ebenso wie die Art und Weise, wie Menschen sich im Internet radikalieren, ohne dass andere dies mitbekommen. Das halte ich für überfällig und führt unmittelbar zu der Frage, ob wir die richtigen Instrumente im Kampf gegen Antisemitismus haben.

**Das klingt so, als hätten sie bereits eine Idee, was noch fehlt.**

Wir haben mit dem Gesetz gegen Hass und Hetze im Internet künftig ein weiteres wichtiges Instrument, Antisemitismus konkret zu bekämpfen. Davon erwarte ich maßgebliche Erfolge. Denn unter anderem Gespräche mit Politikern, die Drohmails erhalten, zeigen mir, dass dieses Milieu zurück weicht, wenn es Gegendruck bekommt und auch mal der Polizeiwagen vor der Tür steht. Ich bin optimistisch, dass die neuen Möglichkeiten des Gesetzes genutzt und antisemitische Motive strafverschärfend gewertet werden. Hierzu haben die Gerichte künftig ausdrücklich Gelegenheit. Derzeit erkennen Richter und Staatsanwälte Antisemitismus zu häufig nicht. Außerdem sollten Betroffene öfter als bisher zur Polizei gehen. Ich habe ja bereits durchgesetzt, dass ein bundesweites Meldesystem für antisemitische Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze auf den Weg gebracht ist. Das alles fruchtet aber nicht ohne eine wachsame und mutige Zivilgesellschaft. Es muss unangenehm werden für Menschen, die sich antisemitisch äußern. Sie werten das Schweigen der Mehrheit allzu sehr als Zustimmung.

(Vgl.; <https://www.rnd.de/politik/antisemitismus-bedroht-uns-alle-regierungsbeauftragter-felix-klein-im-interview-7T4CWSC2WNB4HCPQ6BF3BPKMKY.html>)

Hiermit wird der Antrag an den Rat der Stadt der Laatzten gestellt, nicht zu schweigen sondern die Erklärung

1. „... erkläre ich Juden als Köterrasse“;
2. „Noch immer fließt Blut von ihren Händen“;
3. „Kein anderes Volk hat weltweit Menschen derart verachtet, massakriert und erniedrigt“

und

„Frau Gottschalk möge bitte erklären, inwieweit diese Benennungen gegenüber einer Jüdin schwerwiegende Eingriffe in deren Persönlichkeitsrecht darstellen. Ist etwa die Formulierung falsch, wenn man sagt, diese Köter haben uns den Krieg erklärt? Erhofft sich die Welt noch immer etwas Gutes von diesen Kötern?

Ihr nennt uns Verbrecher und wir sollen dazu schweigen?“

**zu verurteilen.**

Mit freundlichen Grüßen,



Gottschalk